

UNTERNEHMEN UNGLEICHHEIT

WIE DIE MACHT DER GROSSKONZERNE
DIE KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH
WEITER VERTIEFT



OXFAM
Deutschland

1 MONOPOLMACHT AUF DEM VORMARSCH

Wir befinden uns auf einem Höhepunkt der weltweiten Konzernmacht.¹ Zur Veranschaulichung: der Wert des US-Tech-Konzerns Apple liegt bei etwa drei Billionen US-Dollar – so viel wie das Bruttoinlandsprodukt von Frankreich, der siebtgrößten Volkswirtschaft der Welt.² Die fünf größten Konzerne der Welt sind mehr wert als alle Länder in Afrika, Lateinamerika und der Karibik zusammen an Wirtschaftskraft aufbringen.³



DIE FÜNF GRÖSSTEN KONZERNE DER WELT
SIND ZUSAMMEN MEHR WERT ALS DAS GESAMTE BIP
VON AFRIKA, LATEINAMERIKA UND DER KARIBIK.

Gleichzeitig werden einzelne Branchen von immer weniger Unternehmen dominiert. Amazon beherrscht mehr als die Hälfte des Onlinehandels in Deutschland.⁴ Über 90% aller Suchanfragen im Internet laufen über Google. Auch der noch junge Markt für KI-Modelle wird zunehmend von Big-Tech-Konzernen dominiert.⁵

Eine Schlüsselposition bei der Verstärkung von Konzernmacht hat der **Finanzsektor** inne, insbesondere große Banken und milliardenschwere Vermögensverwalter⁶. Nur ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt 43 Prozent aller Finanzanlagen.⁷ Die Konzentration beim Eigentum an großen Konzernen ist nach der Finanzkrise 2007 stark angewachsen.⁸ 29 Banken weltweit gelten als „too big to fail“: Sollte eine von ihnen insolvent gehen, wäre die globale Finanzstabilität in Gefahr und Staaten müssten sie mit viel öffentlichem Geld retten.⁹

Auch in der **Pharmabranche** ist die Monopolmacht auf einem Höchststand. Innerhalb von nur 20 Jahren sind 60 Unternehmen zu heute nur noch zehn Pharma-Giganten fusioniert.¹⁰ In der COVID-19-Pandemie nutzten die impfstoffproduzierenden Unternehmen ihre Monopolstellung zu ihrem Vorteil: Sie zwangen Staaten wie Südafrika einseitige Bedingungen auf und diktierten völlig überhöhte Preise.¹¹ Pfizer/BioNTech und Moderna etwa verkauften die entwickelten Impfstoffe für das 24-fache der Produktionskosten.¹²

i MONOPOLISIERUNG – MARKTMACHT – MARKUP

Monopolisierung bezeichnet die immer stärkere Konzentration eines Marktes, während der Unternehmen bereits deutliche *Markt- oder Monopolmacht* haben können. Durch gezielte Aufkäufe, das exzessive Nutzen von Patenten und ihren Einfluss auf die Politik können diese Unternehmen ganze Märkte kontrollieren, Bedingungen für Geschäftspartner*innen festlegen und höhere Preise verlangen, ohne Nachteile für ihr Geschäft befürchten zu müssen.

Große Marktmacht gibt einem Unternehmen die Möglichkeit, Preise zu setzen und höhere Gewinne einzufahren. Daher gilt der durchschnittliche Preisaufschlag (Markup) – also die Marge zwischen Einkaufs- bzw. Produktions- und Verkaufskosten – als eine Messgröße für Marktkonzentration. Diese Werte sind geradezu explodiert: Während 1980 ein Unternehmen im Durchschnitt 17 Prozent auf den Preisaufschlag, lag dieser Wert im Jahr 2016 bereits bei 60 Prozent.¹³ Dabei gibt es deutliche Unterschiede nach Größe: Während in Deutschland kleine Unternehmen kaum Preisaufschläge realisieren können, sind es bei Großunternehmen mit über 250 Beschäftigten 70 Prozent.^{14 15}

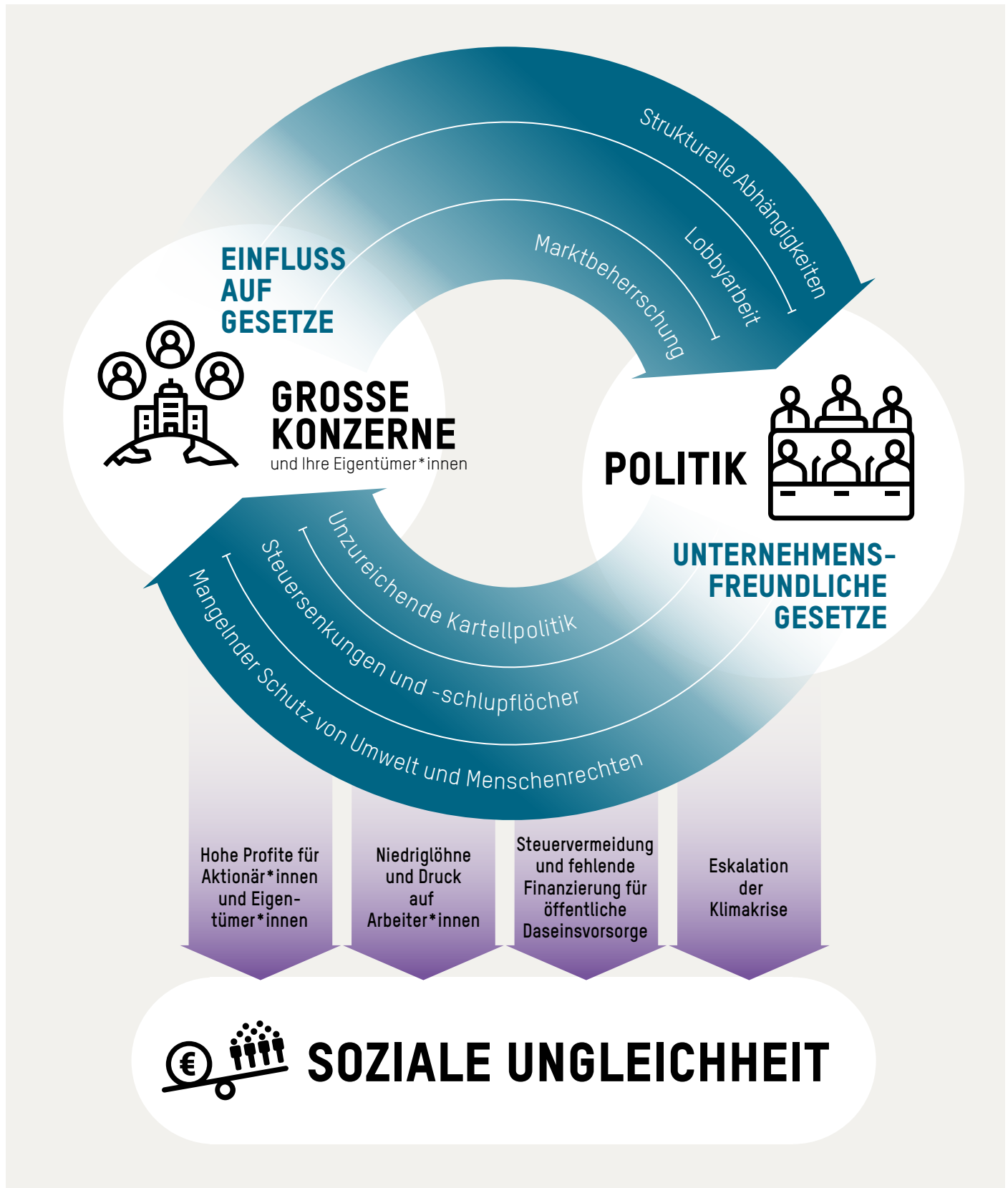
Der starke Anstieg der Monopolmacht ist dabei kein wirtschaftliches Naturgesetz, sondern die Folge von politischen Verhältnissen und politischem Handeln: Die Englische Ostindien-Kompanie wurde im 17. Jahrhundert zum größten Monopol der Welt. Sie gründete ihren Reichtum auf imperialer Eroberung und gewaltsamer Ausbeutung im Europäischen Kolonialismus. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts häuften in den USA einzelne Monopolisten extremen Reichtum an, indem sie ihre Wettbewerber aus dem Markt drängten oder aufkauften und schließlich ganze Wirtschaftszweige kontrollierten. Dagegen bildete sich das Kartellrecht heraus, mit dem der Staat die Marktkonzentration einschränken und den Wettbewerb aufrechterhalten wollte.¹⁶

Diese Phase, in der die Macht der Märkte stärker eingeehrt wurde, endete spätestens mit der Ära des Neoliberalismus in den späten Siebzigerjahren: Kapitalistische Staaten bauten Handelsschranken ab, senkten Unternehmenssteuern und beschnitten die Befugnisse der Kartellbehörden. Diese sollten nur noch einschreiten, wenn sie erhöhte Preise für die Konsumierenden vorfanden. In der Folge leistete eine schwache Wettbewerbspolitik der Monopolisierung Vorschub. Ein Beispiel dafür: Die Europäische Kommission hat zwischen 2005 und 2023 nur 0,7 Prozent der überprüften Unternehmensfusionen verhindert.¹⁷

TEUFELSKREIS AUS KONZERNMACHT UND POLITISCHER MACHT

Die zunehmende Monopolisierung und daraus resultierende Konzernmacht führt dazu, dass Großkonzerne zunehmend Einfluss auf die Politik ausüben: Marktmächtige Unternehmen nutzen ihre finanziellen Mittel und ihren Einfluss auf politische Entscheidungen, was oftmals zu für

sie vorteilhaften Gesetzen, Subventionen zu ihrer Unterstützung oder Vorteilen bei der öffentlichen Auftragsvergabe führt.¹⁸ Der resultierende Teufelskreis aus Konzernmacht und politischer Macht treibt die soziale Ungleichheit immer stärker voran.



2 MONOPOLMACHT ALS TREIBER VON UNGLEICHHEIT

Profit für Aktionär*innen und Eigentümer*innen

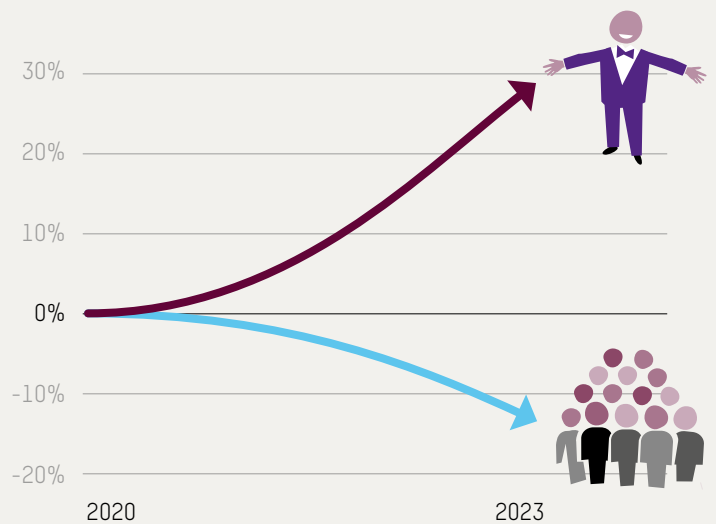
Einen Vorteil aus der zunehmenden Monopolisierung der Wirtschaft und daraus resultierenden unternehmensfreundlichen Gesetzen und Politiken haben also nur die Großkonzerne und ihre Eigentümer*innen selbst. Für sie waren die letzten zwei Jahrzehnte außerordentlich lukrativ. Allein in den Jahren 2021 und 2022 verzeichneten die größten Firmen einen Gewinnsprung von 89 Prozent.¹⁹ In Deutschland konnten sechs der größten Konzerne zwischen 2022 und 2023 ihre Gewinne um 72 Prozent steigern.²⁰

Davon profitieren einige wenige: **Während Dividenden in Deutschland im Zeitraum 2020-23 um 27% gestiegen sind, sanken die Reallöhne um 12%. Wenn man die Inflation herausrechnet, sind die Dividenden sogar fast 12 mal stärker gewachsen als die Löhne.**²¹ Die Ausschüttungen der DAX-Konzerne sind dabei auf Rekordniveau: 53,8 Milliarden Euro sind es im Jahr 2024.²² Je mehr Macht Konzerne besitzen, desto besser können sie die Orientierung an hohen Dividenden für Aktionär*innen – den so genannten Shareholder-Value-Ansatz – durchsetzen. Das geschieht international auf Kosten der Löhne von Arbeitnehmenden. So treibt die zunehmende Monopolisierung vor allem ein Ziel voran: die Steigerung der Rendite für Aktionär*innen – eine Gruppe, die im Vergleich mit dem Rest der Menschheit überproportional reich ist und weit überwiegend aus wirtschaftlich privilegierten Ländern stammt.²³ Das Lohnwachstum hingegen ist seit Jahrzehnten in vielen Ländern alarmierend zurückgefallen.²⁴ Marktmächtige Konzerne machen ihre Eigentümer*innen und CEOs so zu Milliardär*innen, während die große Mehrzahl der Menschen Reallohnverluste hinnehmen muss. Das verstärkt die weltweite Ungleichheit weiter: Obwohl die wirtschaftlich privilegierten Länder nur 21 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, besitzen sie 69 Prozent des weltweiten Reichtums.²⁵



Eine Facharbeiter*in in der Produktion bei Tesla müsste 7,3 Millionen Jahre arbeiten, um das Vermögen von Elon Musk zu erwirtschaften.

Zum Vergleich: Vor etwa 7 Millionen Jahren begannen die Vorfahren des Menschen sich auf zwei Beinen fortzubewegen.²⁶



Während Dividenden in Deutschland im Zeitraum 2020-23 um 27% gestiegen sind, sanken die Reallöhne um 12%. Wenn man die Inflation herausrechnet, sind die Dividenden sogar fast 12 mal stärker gewachsen als die Löhne.

Die Macht der Konzerne spiegelt sich auch in bisher ungekanntem Reichtum einzelner Menschen wider: Die fünf reichsten Männer der Welt konnten seit 2020 ihr Vermögen verdoppeln, während knapp 5 Milliarden Menschen ärmer sind als zuvor. Das Vermögen von Elon Musk, CEO von Tesla und der Plattform X, beträgt ca. 187 Milliarden US-Dollar (176 Milliarden Euro).²⁷ Die 20 reichsten Menschen der Welt sind allesamt Eigentümer*innen oder Großaktionär*innen von Großkonzernen, von denen viele durch eine marktbeherrschende Stellung so mächtig wurden.²⁸

Niedriglöhne und Druck auf Arbeiter*innen

Die letzten Jahrzehnte waren für viele Arbeitnehmende auf der Welt brutal. Eine Analyse der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zeigt, dass die Kluft zwischen Lohnwachstum und Arbeitsproduktivität im Jahr 2022 in 52 Ländern das höchste Ausmaß seit Beginn des 21. Jahrhunderts angenommen hatte.²⁹ Nur 0,4 Prozent von mehr als 1.600 der größten Unternehmen haben sich öffentlich dazu verpflichtet, ihren Beschäftigten einen existenzsichernden Lohn zu zahlen und die Zahlung eines solchen Lohns in ihren Wertschöpfungsketten zu unterstützen.³⁰

Das trifft einige besonders hart: Lieferant*innen und Bäuer*innen werden unter enormen Preisdruck gesetzt, Arbeiter*innen in Betrieben und Lieferketten müssen zu Niedriglöhnen ackern. Großkonzerne aus wirtschaftlich privilegierten Ländern verdrängen Wettbewerber*innen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern und vermeiden Steuern. Insbesondere Frauen und People of Color sind von Hungerlöhnen, der Verletzung ihrer Arbeits- und Menschenrechte und miserablen Arbeitsbedingungen betroffen. Frauen sind in den am schlechtesten bezahlten und unsichersten Arbeitsplätzen stark überrepräsentiert.³¹ Und während vor allem People of Color in globalen Lieferketten ausgebeutet werden³², sind es vor allem *weiße* Menschen, die von den Gewinnen der Unternehmen profitieren.³³



DIE UNBEZAHLTE BETREUUNGSARBEIT VON FRAUEN
SUBVENTIONIERT DIE WIRTSCHAFT MIT MINDESTENS
10,8 BILLIARDEN USD JÄHRLICH

DIESER BEITRAG ZUR WIRTSCHAFT IST
DREIMAL SO GROSS WIE DIE
DER GLOBALEN TECH-INDUSTRIE

Zusätzlich subventionieren Frauen und Mädchen quasi die Wirtschaft, indem sie weltweit mehr als drei Viertel der unbezahlten Fürsorgearbeit leisten.³⁴

Auch für Verbraucher*innen hat die zunehmende Monopolisierung Nachteile: Häufig müssen sie höhere Preise zahlen und sind von Datenhandel betroffen. Darüber hinaus haben Unternehmen ihren Einfluss genutzt, um sich gegen Gesetze und politische Maßnahmen zu wehren, die die Rechte von Arbeitnehmenden stärken, zum Beispiel Mindestlohnerhöhungen bekämpft,³⁵ gewerkschaftliche Organisation eingeschränkt³⁶ oder die Stärkung von Arbeits- und Menschenrechten in globalen Lieferketten blockiert.³⁷ Nicht zuletzt leidet die Demokratie, indem Lobbyist*innen der Milliardenkonzerne Einfluss auf die Politik nehmen und dringend notwendige staatliche Regulierung im Sozial- und Umweltbereich verhindern.³⁸

Steuervermeidung und fehlende Finanzierung für öffentliche Daseinsvorsorge

Große Konzerne treiben soziale Ungleichheit auch durch aggressive Einflussnahme auf die Gesetzgebung in der Steuerpolitik voran. Seit 1980 haben sich die durchschnittlichen Unternehmenssteuern in den OECD-Ländern mehr als halbiert: von 48 Prozent im Jahr 1980 auf nur noch 23,1 Prozent im Jahr 2022.³⁹ Deutschland gehört dabei zu den

Ländern, die ihre Unternehmenssteuern am meisten gesenkt haben: Hier ist die Besteuerung von Unternehmensgewinnen seit 1998 von 57 Prozent auf durchschnittlich 30 Prozent gesunken.⁴⁰

Durch das Ausnutzen von Steuerschlupflöchern und Steueroasen zahlen vor allem internationale Großkonzerne zudem oft kaum oder gar keine Steuern. Große Konzerne aus wirtschaftlich privilegierten Ländern ziehen riesige Mengen an Ressourcen aus wirtschaftlich benachteiligten Ländern ab, während sie oft wenig oder gar keine Steuern zahlen.⁴¹ Mindestens 200 Milliarden US-Dollar gehen jährlich durch die Vermeidung von Unternehmenssteuern verloren.⁴² Dadurch entgehen Staaten auf der ganzen Welt – insbesondere einkommensschwachen Ländern – dringend benötigte Einnahmen für die Finanzierung von Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung.⁴³ Diese Lücke müssen wiederum Frauen und Mädchen durch noch mehr unbezahlte Fürsorgearbeit schließen. Wirksame Regeln gegen Steuervermeidung haben Konzerne durch intensive Lobbyarbeit weitestgehend verhindert.⁴⁴ Gleichzeitig drängen Unternehmen auf der ganzen Welt in den öffentlichen Sektor und machen Bildung, Wasser- und Gesundheitsversorgung zur Ware. Die Privatisierung lebenswichtiger Dienstleistungen bietet reichen Aktionär*innen immense Gewinnmöglichkeiten. Die Folge: Alle, die nicht dafür zahlen können, werden ausgeschlossen und haben ein hohes Risiko, zu verarmen.⁴⁵

In vielen wirtschaftlich benachteiligten Ländern – darunter Indien, Kenia, Nigeria und Uganda – treiben beispielsweise profitorientierte Krankenhäuser Patient*innen durch hohe Kosten in den Ruin.⁴⁶ Auch in Deutschland kaufen Private Equity Firmen immer mehr ärztliche Praxen auf, strukturieren sie um und richten sie auf Gewinnmaximierung aus. In einigen Regionen sind bereits monopolähnliche Strukturen zu erkennen. Das hat negative Folgen für die Qualität von ärztlichen Behandlungen und ist eine Gefahr für die Versorgungssicherheit.⁴⁷

Eskalation der Klimakrise

Fossile Brennstoffe bescherten vielen Superreichen weiterhin ein Vermögen. Das Streben der Konzerne nach kurzfristigen Gewinnen hat die Welt an den Rand des Klimakollaps gebracht, was wiederum extreme Ungleichheit verschärft. Dabei lassen sich die Emissionen auf sehr wenige, dafür aber sehr große Akteur*innen zurückführen: Nur 78 private oder staatliche Unternehmen der fossilen Energieindustrie sind für über 70 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen seit Beginn der Industrialisierung verantwortlich.⁴⁸ Die Fossilindustrie weiß seit Jahrzehnten, dass Treibhausgase die Klimakrise verursachen, und hat dennoch immer wieder versucht, den Status quo zu verteidigen, indem sie Einfluss auf die öffentliche Politik und die öffentliche Meinung genommen hat. Zudem geben Unternehmen enorme Summen für Imagekampagnen und Lobbyarbeit aus und dominieren zunehmend die UN-Klimaverhandlungen.⁴⁹

3 DIE MACHT DER SUPERMÄRKTE: KONZENTRATION IM LEBENSMITTEL-EINZELHANDEL

Auch unser Ernährungssystem ist immer stärker von Monopolisierung geprägt. Einige wenige Unternehmen kontrollieren Schlüsselstellen in den Lieferketten von Lebensmitteln und üben Macht über Millionen Bäuer*innen auf der einen und Milliarden Konsument*innen auf der anderen Seite aus.

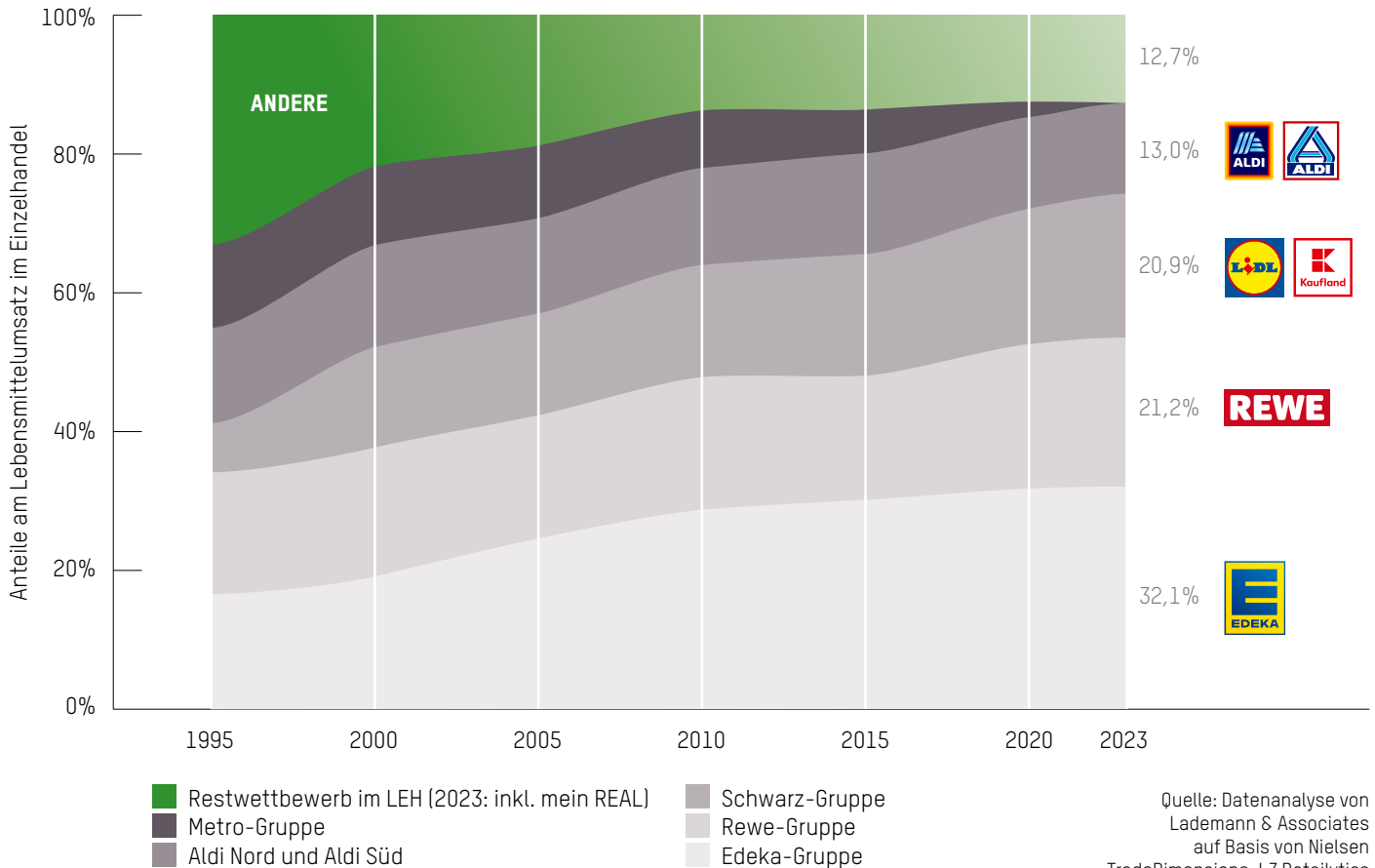
Teilten sich vor 25 Jahren die zehn größten Unternehmen noch 40 Prozent des Marktes für kommerzielles Saatgut untereinander auf, sind es heute nur noch zwei. Eines von ihnen ist die Bayer AG mit Sitz in Leverkusen, die seit der Übernahme von Monsanto nicht nur das gesundheits-schädliche Pestizid Glyphosat verkauft, sondern auch dagegen resistentes, patentiertes Hybrid-Saatgut, was Bäuer*innen weltweit in Abhängigkeit bringt.⁵⁰

Eine regelrechte Türsteher-Rolle haben die vier großen Supermarktketten in Deutschland inne:

Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe aus Lidl und Kaufland bestimmen maßgeblich, welche Produkte auf den deutschen Markt kommen und was wir einkaufen. Vor der Jahrtausendwende lag der gemeinsame Marktanteil der vier Supermarkt-Riesen noch zwischen 55 und 66 Prozent, inzwischen sind es über 87 Prozent.

Verheerend ist die zunehmende Marktkonzentration vor allem für diejenigen, die unser Essen produzieren: Die Supermarktketten können Preise und Bedingungen diktieren, echte Preisverhandlungen finden laut Insider*innen kaum mehr statt.⁵¹ Wer zu einem bestimmten Preis nicht liefert, verliert seinen Absatz. Dies trägt zum zunehmenden Höfesterben in Deutschland bei und erschwert die notwendige Umstellung auf agrarökologische Produktionsweisen, um die Lebensgrundlagen von Mensch und Natur nicht weiter zu zerstören⁵². Der Druck wird entlang der Lieferkette weitergegeben und führt schließlich zu ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, Umweltbelastung und mangelndem Arbeitsschutz auf den Feldern.⁵³

FORTSCHREITENDE KONZENTRATION IM LEBENSMITTELEINZELHANDEL (1995–2023)*





▲ Die Aktivistinnen von Women on Farms Project in Südafrika kämpfen für die Einhaltung der Arbeitsrechte und gegen die Dominanz großer Konzerne in der Landwirtschaft. © Alexa Sedgwick/Oxfam

Zwar tobt zwischen den Handelsketten ein erbitterter Kampf um die günstigsten Preise im Regal. Jedoch mehren sich Belege dafür, dass die Supermärkte ihre Marktmacht ausnutzen, um Preise für Verbraucher*innen in die Höhe zu treiben – und damit ihre Margen. Sie können daher nicht mehr als „Hüter der niedrigen Preise“ gelten.⁵⁴

Zudem stoßen die Supermarktketten vermehrt in vorge-lagerte Produktionsbereiche vor: Edeka etwa avancierte mit der Übernahme der Marke Albi zu einem der größten Safthersteller Deutschlands und ersetzte Produkte des Hauptkonkurrenten Granini mit ähnlich aussehenden Albi-Flaschen. Ein noch andauernder Rechtsstreit war die Folge.⁵⁵

Die Monopolisierung im Lebensmitteleinzelhandel ist auch Folge einer öffentlichen Laissez-faire-Politik. Das Bundeskartellamt klagte bereits Anfang der Achtzigerjahre über zunehmende Marktkonzentration und verbot 2015 die Übernahme von Kaisers-Tengelmann durch Edeka. Das

Wirtschaftsministerium drückte den Deal jedoch durch.⁵⁶ Seitdem bleiben durchgreifende Maßnahmen gegen die Monopolisierung aus. Mit der Reform des Kartellrechts 2023 durch die elfte Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verfügt das Bundeskartellamt jedoch über neue, effektive Instrumente – bis hin zu einer Entflechtung übermächtiger Konzerne.⁵⁷

Die Supermärkte erzielen derweil enorme Gewinne durch ihre marktbeherrschende Stellung. Nicht umsonst finden sich der Lidl- und Kaufland-Eigentümer Dieter Schwarz sowie die Aldi-Erb*innen unter den zehn reichsten Deutschen. Schwarz' Vermögen wird auf 38 Milliarden Euro geschätzt, das von Beate Heister, Karl und Theo Albrecht Jr. zusammen auf knapp 29 Milliarden Euro.⁵⁸ Diese Zahlen beruhen dabei auf Schätzungen, zumal Lidl und Aldi aus undurchsichtigen Firmengeflechten mit unvollständigen oder gar nicht öffentlichen Gewinn- und Verlustrechnungen bestehen.⁵⁹

4 FORDERUNGEN

📷 ▶ Amazon-Mitarbeiter*innen kämpfen in Brandizzo, Italien, für bessere Arbeitsbedingungen.

© Nicolò Campo/LightRocket via Getty Images



Oxfam setzt sich für eine gerechte Welt ohne Armut ein, in der die Rechte aller Menschen umgesetzt werden. Um zu verhindern, dass steigende Konzernmacht die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft, braucht es Veränderungen auf mehreren Ebenen:



Konzernmacht beschränken: Das Kartellrecht muss weiterentwickelt und konsequenter angewandt werden.

- Das **Bundeskartellamt** sollte die Situation in hochkonzentrierten Sektoren analysieren und konkrete Maßnahmen gegen Marktkonzentration ergreifen bis hin zu einer Entflechtung. Im Lebensmitteleinzelhandel sollte es insbesondere die Auswirkungen der Marktkonzentration auf Produzent*innen und Lieferant*innen sowie die Auswirkungen des zunehmenden Vordringens der Supermarktketten in Produktionsbereiche (vertikale Integration) betrachten.
- Die **Bundesregierung** sollte die Fusionskontrolle verstärken: Die Möglichkeit muss geschaffen werden, strategische Aufkäufe potenzieller Wettbewerber („killer acquisitions“) zu untersagen. Die Schwellenwerte für eine marktbeherrschende Stellung sollten gesenkt werden, sodass Marktkonzentration frühzeitiger gebremst werden kann.
- Die **Europäische Union** sollte der Europäischen Kommission stärkere Befugnisse erteilen, um Marktbeherrschung strukturell zu begegnen. So sollte die Kommission ein neues Wettbewerbsinstrument bekommen, das die Möglichkeit von missbrauchsunabhängigen Entflechtungen beinhaltet, ähnlich wie die GWB 11-Novelle in Deutschland.



Machtmissbrauch großer Konzerne verhindern:

- Die **Bundesregierung** muss die neu verabschiedete EU-Lieferketten-Richtlinie (CSDDD) zügig und ambitioniert in deutsches Recht umsetzen, sodass etwa Landarbeiter*innen und ihre Gewerkschaften vor deutschen Gerichten gegen Menschenrechtsverletzungen in den Lieferketten von Supermärkten klagen können.
- Im Lebensmittelhandel muss die **Bundesregierung** stärkere Regeln gegen unfaire Handelspraktiken schaffen: Ins Agrarorganisationen- und Lieferketten-gesetz muss eine Generalklausel zur Erfassung weiterer Praktiken eingeführt werden. Zudem braucht es ein Gebot des Kaufs zu kostendeckenden Preisen entlang der gesamten Lieferkette, ähnlich wie in Spanien.⁶⁰ Zudem sollte eine Ombuds- und Preisbeobachtungsstelle verankert werden, die Kosten und Margen untersucht und nach Beschwerden Sanktionen verhängen kann.
- Die **Bundesregierung** sollte Unternehmen verpflichten, sowohl öffentliche als auch Interessen aller relevanten Stakeholdergruppen wirksam in die Bestimmung von Unternehmensinteresse und in die Unternehmensführung einzubringen. Die Vertretung von Arbeiter*innen in Entscheidungsgremien sollte konsequent gestärkt werden. Alternative, demokratisch organisierte Unternehmensstrukturen sollten rechtlich und finanziell gefördert werden.



◀📷 In England projizieren die Millionär*innen, die eine Lösung für Ungleichheit vorschlagen, die Worte ‚TAX WEALTH NOT WORK‘ auf die Bank von England.
© Patriotic Millionaires UK



Konzerne und Superreiche durch progressive Steuergesetzgebung stärker in die Verantwortung nehmen:

- Die **Bundesregierung** sollte in Krisenzeiten erzielte Übergewinne⁶¹ mit einer ehrgeizigen und branchenweiten Steuer mit Steuersätzen von mindestens 50 Prozent abschöpfen und sich auf europäischer Ebene sowie im Rahmen der G20 für entsprechende internationale Regeln einsetzen.
- Um aggressiver Steuergestaltung multinationaler Unternehmen entgegenzuwirken, sollte sich die **Bundesregierung** für eine globale Mindeststeuer für Unternehmen von mindestens 25 Prozent einsetzen.
- Die **Bundesregierung** sollte wieder eine Vermögenssteuer einführen und sich für eine entsprechende international koordinierte Besteuerung auf europäischer und G20-Ebene einsetzen. Mit einem Steuersatz von 2-3 Prozent für Multimillionär*innen (ab 5 Millionen USD) und 5 Prozent für Milliardär*innen könnten allein in Deutschland zusätzliche 85,2 Milliarden Euro pro Jahr eingenommen werden.



Unternehmen auf die sozial-ökologische Transformation verpflichten und Privatisierung entgegenreten

- Die **Bundesregierung** muss die Verpflichtungen der Unternehmen im Rahmen der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) zur Umsetzung und Erreichung von Klimaübergangsplänen, welche notwendige Investitionen festlegen, durch vollumfängliche Sanktionierbarkeit sicherstellen.
- Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheit und soziale Dienste sollten von öffentlicher Hand bereitgestellt und verwaltet werden. Auch für weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge sollten öffentliche Modelle privatwirtschaftlichen vorgezogen werden. Die **Bundesregierung** muss für eine ausreichende Finanzierung qualitativ hochwertiger, geschlechtergerechter und allgemein zugänglicher öffentlicher Dienstleistungen sorgen – hier und in der internationalen Kooperation.

Zunehmende Konzernmacht und Marktkonzentration müssen effektiv begrenzt werden, um Ungleichheit zu verringern. Das ist eine Frage des politischen Gestaltungswillens! Für eine gerechte Welt ohne Armut, Klima- und Geschlechtergerechtigkeit braucht es jetzt entschlossenes Handeln.

QUELLEN

- 1 Diese neue Ära hat sich seit den 1980er Jahren entwickelt, siehe International Monetary Fund (2023): *Rising Corporate Market Power: Emerging Policy Issues*, IWF Staff Discussion Notes 2021/001. <https://www.imf.org/en/Publications/Staff-Discussion-Notes/Issues/2021/03/10/Rising-Corporate-Market-Power-Emerging-Policy-Issues-48619>. UNCTAD (2017): *Trade and Development Report 2017. Beyond Austerity: Towards A Global New Deal* https://unctad.org/system/files/official-document/tdr2017_en.pdf. Oxfam (2024): *Inequality Inc. How corporate power divides our world and the need for a new era of action*. <https://www.oxfam.de/system/files/documents/bp-inequality-inc-150124-eng.pdf>
- 2 M. Fox (2023): *Apple just eclipsed a \$3 trillion valuation: Here are 8 things the iPhone maker is now bigger than, including France's economy and India's entire stock market*. Business Insider India. <https://www.businessinsider.in/stock-market/news/apple-just-eclipsed-a-3-trillion-valuation-here-are-8-things-the-iphone-maker-is-now-bigger-than-including-frances-economy-and-indias-entire-stock-market-/articleshow/101420192.cms>
- 3 Oxfam (2024): *Inequality Inc. Methodology note*, stat 2.11. <https://www.oxfam.de/system/files/documents/mn-inequality-inc-150124-en.pdf>
- 4 HDE Online-Monitor 2023. https://einzelhandel.de/images/attachments/article/2876/HDE_Online_Monitor_2023.pdf
- 5 L. Bertuzzi (2023): „Zunehmende Marktkonzentration bei KI: Ist die EU vorbereitet?“, *Euractiv*. <https://www.euractiv.de/section/digitale-agenda/news/zunehmende-marktkonzentration-bei-ki-ist-die-eu-vorbereitet/>
- 6 N. Shaxson, C. Godfrey (2024): *Taken not earned. How monopolists drive the world's power and wealth divide*. Balanced Economy Project, Global Justice Now, SOMO, LobbyControl. <https://www.globaljustice.org.uk/wp-content/uploads/2024/01/Davos-Taken-not-Earner-Report-2024-FINAL-1.pdf>
- 7 Oxfam (2024): *Inequality Inc. Methodology note*, stat 1.8.
- 8 E. Brancaccio, R. Giammetti, M. Lopreite, M. Puliga (2018): „Centralization of capital and financial crisis: A global network analysis of corporate control“, in: *Structural Change and Economic Dynamics*, Vol. 45, Juni 2018, S. 94-104.
- 9 Financial Stability Board (2023): *2023 List of Global Systemically Important Banks (G-SIBs)*, <https://www.fsb.org/wp-content/uploads/P271123.pdf>
- 10 T. Pang et al. (2020): *Study on the Impact of Mergers and Acquisitions on Innovation in the Pharmaceutical Sector*. European Commission Publications Office. <https://data.europa.eu/doi/10.2777/323819>
- 11 Health Justice Initiative (2023): *One-Sided. A Multi Stakeholder Analysis: South African COVID-19 Vaccine Procurement Contracts*. https://healthjusticeinitiative.org.za/wp-content/uploads/2023/10/HJI_One-Sided-FINAL-10-10.pdf; <https://healthjusticeinitiative.org.za/2023/07/18/fact-sheet-case-1-open-contracts/>
- 12 Oxfam (2021): *Vaccine monopolies make cost of vaccinating the world against COVID at least 5 times more expensive than it could be*. Pressemitteilung. <https://www.oxfam.org/en/press-releases/vaccine-monopolies-make-cost-vaccinating-world-against-covid-least-5-times-more>
- 13 Jan De Loecker, Jan Eeckhout, Gabriel Unger (2020): „The Rise of Market Power and the Macroeconomic Implications“, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Volume 135, Issue 2, S. 561-644.
- 14 Monopolkommission (2022): Wettbewerb 2022. XXIV. Hauptgutachten, S. 67 f., zitiert in: Christoph Trautvetter (2024): *Übergewinne richtig besteuern – Ein Update zur Debatte über Krisengewinne und gewinngetriebene Inflation*. Rosa-Luxemburg-Stiftung. <https://www.rosalux.de/publikation/id/51548/uebergewinne-richtig-besteuern>
- 15 Weltweit konnten die größten 100 Konzerne etwa doppelt so hohe Markups verlangen wie kleinere Unternehmen, vgl. N. Shaxson, C. Godfrey (2024): *Taken not earned*.
- 16 Oxfam (2024): *Inequality Inc*. S. 31 f.
- 17 N. Shaxson, C. Godfrey (2024): *Taken not earned*.
- 18 Oxfam Deutschland (2022): *Gewaltige Ungleichheit. Warum unser Wirtschaftssystem von struktureller Gewalt geprägt ist und wie wir es gerechter gestalten können*. https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_factsheet_gewaltige_ungleichheit.pdf
- 19 Oxfam (2023): *Goldrausch für die Reichsten: Top-Unternehmen scheffeln jährlich mehr als eine Billion Dollar Übergewinne*. Pressemitteilung. <https://www.oxfam.de/presse/pressemitteilungen/2023-07-06-goldrausch-reichsten-top-unternehmen-scheffeln-jaehrlich-mehr>
- 20 Oxfams Daten zufolge haben 148 der weltweit größten Unternehmen (soweit Daten verfügbar sind) in 12 Monaten bis Juni 2023 fast 1,8 Billionen US-Dollar Gewinn gemacht, was 52,5 % über ihrem Durchschnitt für 2018-21 liegt. Unter den weltweit 148 Unternehmen haben sechs der größten deutschen Unternehmen 72 % mehr Gewinn gemacht. Berechnung siehe: Oxfam (2024): *Inequality Inc. Methodology note*, stat 2.0.
- 21 Janus Henderson (2024): Global Dividend Index. Edition 41. https://cdn.janushenderson.com/web-docs/H052332_0124_EN.pdf; Trading Economics (o.D.): Wages. Stand: April 2024. <https://trading-economics.com/country-list/wages>.
- 22 EY (2024): DAX-Konzerne: Rekorddividende trotz sinkender Gewinne. https://www.ey.com/de_de/news/2024/04/ey-analyse-dax-dividenden-2024
- 23 Oxfam Deutschland (2022): *Gewaltige Ungleichheit*.
- 24 OECD (2021): *OECD Compendium of Productivity Indicators 2023*. Organisation for Economic Co-operation and Development. https://read.oecd-ilibrary.org/industry-and-services/oecd-compendium-of-productivity-indicators-2023_74623e5b-en#page54
- 25 Oxfam (2024): *Inequality Inc. Methodology note*, stat 1.3.
- 26 Eine durchschnittliche Facharbeiter*in der Produktion verdient bei Tesla in Grünheide 35.300€ brutto im Jahr, das entspricht in Steuerklasse I 24.221€ netto. Das Vermögen von Elon Musk wird auf 187,3 Mrd. US-Dollar geschätzt (Stand: April 2024), das sind 176,04 Mrd. Euro. 176,04 Mrd : 24 221 = 7.268.073. Eine Facharbeiterin in der Produktion bei Tesla müsste also 7,3 Mio. Jahre arbeiten, um das Vermögen von Elon Musk zu erwirtschaften – wohl gemerkt ohne jegliche Ausgaben für ihren Lebensunterhalt. Quelle zum Durchschnittsgehalt: Kununu (Stand März 2024): <https://www.kununu.com/de/tesla-deutschland/gehalt> Quelle Vermögen: Forbes (Stand April 2024): <https://www.forbes.com/profile/elon-musk/>
- 27 Forbes (2024): *The World's Real - Time Billionaires. Profile Elon Musk*. <https://www.forbes.com/profile/elon-musk/?listuri=rtb> Stand: April 2024.
- 28 N. Shaxson, C. Godfrey (2024): *Taken not earned*.
- 29 International Labour Organization (2023): *Global Wage Report 2022-2023: The impact of inflation and COVID-19 on wages and purchasing power*. <https://researchrepository.ilo.org/esploro/outputs/report/995264896002676>
- 30 Oxfam (2024): *Inequality Inc. Methodology note*, stat 2.3.
- 31 D. Alejo Vázquez Pimentel et al. (2018): *Reward Work, Not Wealth: To End the Inequality Crisis, We Must Build an Economy for Ordinary Working People, Not the Rich and Powerful*. Oxfam. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/reward-work-not-wealth-to-end-the-inequality-crisis-we-must-build-an-economy-for-620396/>
- 32 Siehe z. B.: Human Rights Council (2019): *Report of the Special Rapporteur on contemporary forms of racism, racial discrimination, xenophobia and related intolerance*. undocs.org/A/HRC/41/54; J. Brunner and G. LeBaron (2021): *Forced Labour Evidence Brief: Labour Share and Value Distribution*. Re:Structure Lab. <https://www.restructurelab.org/the-briefs>; Oxfam Deutschland (2022): *Grenzenlose Ausbeutung*. https://www.oxfam.de/system/files/documents/2022_oxfam_no_limits_to_exploitation_en.pdf
- 33 U. Gneiting et al. (2020): *Power, Profits and the Pandemic*. Oxfam. <https://www.oxfam.org/en/research/power-profits-and-pandemic>
- 34 Der monetäre Wert der von Frauen geleisteten unbezahlten Betreuungsarbeit beläuft sich weltweit auf mindestens 10,8 Billionen Dollar jährlich. Bei dieser Zahl handelt es sich um eine Schätzung, die allein auf den Löhnen basiert. Wir sind uns darüber im Klaren, dass der wahre, volle Wert unbezahlter Pflege- und sozialer Reproduktionsarbeit nicht in Geld ausgedrückt werden kann, s. Oxfam (n.d.): *Not all gaps are created equal: the true value of care work*. <https://www.oxfam.org/en/not-all-gaps-are-created-equal-true-value-care-work>
- 35 Siehe z. B. D. Fahrenthold, T. Smith (2023): „How restaurant workers help pay for lobbying to keep their wages low“, in: *The New York Times*. <https://www.nytimes.com/2023/01/17/us/politics/restaurant-workers-wages-lobbying.html>; A. Gangitano (2021): „Business groups prepare for lobbying push against \$15 minimum wage“, in: *The Hill*. <https://thehill.com/business-a-lobbying/535957-business-groups-prepare-for-lobbying-effort-against-raising-the-minimum/>
- 36 E. Walker, C. Rea (2014): *The Political Mobilization of Firms and Industries*. Department of Sociology, University of California. <https://www.annualreviews.org/doi/pdf/10.1146/annurev-soc-071913-043215>
- 37 Siehe u. a.: A. Paasch, K. Seitz (2023): *The copy & paste method. How German Members of the European Parliament are adopting the demands of the business lobby for the EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive*. https://www.misereor.org/fileadmin/user_upload/misereororg/publication/en/shaping_economic_processes/Briefing_0123_Copy_Paste_CSDDD_en.pdf; Correctiv (2024): *EU-Lieferkettengesetz vor dem Aus: FDP und Wirtschaftslobby attackieren Kompromissentwurf*. <https://correctiv.org/lobbyismus/2024/01/24/eu-lieferkettengesetz-vor-dem-aus-fdp-und-lobby-wollen-den-entwurf-stoppen/>
- 38 Siehe u.a. Corporate Europe Observatory (2017): *Lobbyplanet*. <https://corporateeurope.org/en/lobbyplanet>; Lobbycontrol (2024): *Interessenkonflikte in der EU-Wettbewerbsbehörde: Die Fusion Bayer und Monsanto*, <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/interessenkonflikte-in-der-eu-wettbewerbsbehoerde-die-fusion-bayer-und-monsanto-114472/>; Lobbycontrol (2023): *Pipelines in die Politik – Die Macht der Gaslobby in Deutschland*, <https://www.lobbycontrol.de/pipelines-in-die-politik-die-macht-der-gaslobby-in-deutschland/>.
- 39 M. Christensen et al. (2023): *Survival of the Richest*, Methodology Note. Oxfam. <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621477/mn-survival-of-the-richest-methodology-160123-en.pdf>; OECD (2022): *Corporate Tax Statistics: Fourth Edition*. <https://www.oecd.org/tax/tax-policy/corporate-tax-statistics-fourth-edition.pdf>
- 40 M. Christensen et al. (2023): *Survival of the Richest*, Methodology Note. Oxfam. <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621477/mn-survival-of-the-richest-methodology-160123-en.pdf>; Julia Jirmann, Christoph Trautvetter (2024): *Jahrbuch Steuergerechtigkeit 2024*. <https://www.>

- netzwerk-steuergerechtigkeit.de/wp-content/uploads/2024/03/JB2024_Online_240307.pdf
- 41 E. Berkhout (2016): *Tax battles. The dangerous global Race to the Bottom on Corporate Tax*. Oxfam. <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/620159/bp-race-to-bottom-corporate-tax-121216-en.pdf>
- 42 Vgl. Missing Profits (n.d.), <https://missingprofits.world>; L. Wier, G. Zucman (2022): *Global Profit Shifting, 1975–2019*. WIDER Working Paper 2022/121. <https://www.wider.unu.edu/node/240777>; Tax Justice Network Team (2023): *State of Tax Justice 2023*. Tax Justice Network. <https://taxjustice.net/reports/the-state-of-tax-justice-2023/>
- 43 M. Christensen et al. (2023): *Survival of the Richest: How we must tax the super-rich now to fight inequality*. Oxfam. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/survival-of-the-richest-how-we-must-tax-the-super-rich-now-to-fight-inequality-621477/>
- 44 Oxfam Deutschland (2022): *Gewaltige Ungleichheit*.
- 45 M. Lawson (2019): *Public Good or Private Wealth*. Oxfam. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/private-wealth-or-public-good-620599/>
- 46 A. Marriott (2023): *Sick development. How rich-country government and World Bank funding to for-profit private hospitals causes harm, and why it should be stopped*. Oxfam. <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621529/bp-sick-development-funding-for-profit-private-hospitals-260623-en.pdf?sequence=14>; S. Marathe, A. Shukla (2023): *Supporting patients or profits? Analysing Engagement of German Developmental Agencies in the Indian Private Healthcare Sector*; SATHI. https://sathihat.org/wp-content/uploads/2023/06/Final_SATHI_RLS_Report_PDF.pdf
- 47 A. Li, U. Zöllner, M. Peters (2023): *Profite vor Patientenwohl. Private-Equity-Beteiligungen an Arztpraxen in Deutschland*. Finanzwende. <https://www.finanzwende-recherche.de/wp-content/uploads/Profite-vor-Patientenwohl-Private-Equity-Beteiligungen-an-Arztpraxen-in-Deutschland.pdf>
- 48 CDP (2024): *The Carbon Majors Database*. Launch Report 2024. <https://carbonmajors.org/briefing/The-Carbon-Majors-Database-26913>
- 49 In den USA zum Beispiel haben Öl- und Gas-Unternehmen laut Datenlage 2022 mehr als 125 Mio. USD für Lobbyarbeit auf nationaler Ebene ausgegeben, zwei Drittel der Lobbyist*innen sind frühere Regierungsmitarbeitende, vgl. Open Secrets (2022): *Industry Profile: Oil & Gas*. <https://www.opensecrets.org/federal-lobbying/industries/summary?cycle=2022&id=E01>; Global Witness (2022): *636 fossil fuel lobbyists granted access to COP27*. <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/fossil-gas/636-fossil-fuel-lobbyists-granted-access-cop27/>; Oxfam (2023): *Climate Equality. A Planet for the 99 %*. <https://policy-practice.oxfam.org/resources/climate-equality-a-planet-for-the-99-621551/>
- 50 ETC Group (2022): *Food Barons 2022 – Crisis Profiteering, Digitalization and Shifting Power*. https://www.etcgroup.org/files/files/food_barons-summary-web.pdf; Marita Wiggerthale (2018): „Die Fusion von Bayer und Monsanto“, in: *Kritischer Agrarbericht 2018*. https://www.oxfam.de/system/files/die_fusion_von_bayer_und_monsanto_kritischer_agrarbericht_2018_marita_wiggerthale.pdf; Benbrook, Charles, Robin Mesnage und William Sawyer (2023): „Genotoxicity Assays Published since 2016 Shed New Light on the Oncogenic Potential of Glyphosate-Based Herbicides“ in: *Agrochemicals 2*, no. 1: 47-68. <https://doi.org/10.3390/agrochemicals2010005>; Marita Wiggerthale (2020): „Bayer auf Irrwegen“. *Oxfam Deutschland*. <https://www.oxfam.de/blog/bayer-irrwegen/>; Oxfam (2024): *Inequality Inc*. Die Bayer AG teilt auf Anfrage mit, dass die „führen-
- den Gesundheits- und Zulassungsbehörden weltweit [...] seit vielen Jahren in ihren regelmäßigen Prüfungen wiederholt zu dem Ergebnis gekommen (sind), dass Glyphosat bei sachgemäßer Anwendung sicher und nicht krebserregend ist“.
- 51 Oxfam Deutschland (2023): *Das hier ist nicht Europa. Ausbeutung im Spargel-, Erdbeer- und Gemüseanbau in Deutschland*. https://www.oxfam.de/system/files/documents/230522_oxfam_erdbeerspargel_final.pdf; Oxfam Deutschland (2022): *Grenzenlose Ausbeutung*. https://www.oxfam.de/system/files/documents/2022_oxfam_grenzenlose_ausbeutung.pdf
- 52 Oxfam Deutschland et. al. (2019): *Agrarökologie stärken. Für eine grundlegende Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme*. https://www.oxfam.de/system/files/agraroekologie2019_positionspapier.pdf; Oxfam Deutschland et al. (2016): *Besser anders, anders besser. Mit Agrarökologie die Ernährungswende gestalten*. https://www.oxfam.de/system/files/agraroekologie_broschuere_a4_web.pdf
- 53 Oxfam Deutschland (2023): *Das hier ist nicht Europa*.
- 54 In der Inflation infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine schossen etwa Preise für Sonnenblumenöl in deutschen Supermärkten um bis zu 270% in die Höhe, während der Weltmarktpreis lediglich um 60% anstieg, vgl. Steffen Vogel (2023): „Zur Kasse bitte“, *Oxfam Deutschland*. <https://www.oxfam.de/blog/inflation-konzernmacht-kasse-bitte/>; Auch wurden in der Folge sinkende Weltmarktpreise nicht an die Verbraucher*innen weitergegeben, vgl. Holger Dambek, Claus Hecking und Maria Marquart (2023): „Zockt der Einzelhandel die Verbraucher ab?“ in: *Spiegel Online*, 23.3.23. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/lebensmittelpreise-zockt-der-einzelhandel-die-verbraucher-ab-a-a1234d36-ac88-4067-be5b-64cc85b8f8e1>
- 55 Edeka widerspricht der Darstellung, die Übernahme von Albi hätte zu einem erhöhten Preisdruck auf Granini geführt. Der Lieferstopp von Granini und das Gerichtsverfahren um ähnlich aussehende Flaschen seien voneinander unabhängige Vorgänge. Dagegen argumentierte Eckes-Granini, die Auslistung und Einführung des neuen Flaschendesigns bei Albi stünden in einem Zusammenhang. Während 2021 das Landgericht Köln eine einstweilige Verfügung gegen den Verkauf der Albi-Flaschen erwirkte, urteilte das Gericht im Oktober 2023 zugunsten von Edeka-Tochter Netto. Tobias Dünnebacke et al. (2022): „Vertikale Integration: Handel steigert Macht“. *Lebensmittelpraxis*, 1.7.2023. <https://lebensmittelpraxis.de/zentrale-management/34189-vertikale-integration-handel-steigert-macht.html>; Hanno Bender (2023): „Netto triumphiert über Eckes-Granini“ in: *Lebensmittelzeitung*, 12.10.2023. <https://www.lebensmittelzeitung.net/politik/nachrichten/markenstreit-netto-triumphiert-ueber-eckes-granini-173965>
- Hanno Bender et al. (2022): „Edeka kontert im Streit mit Eckes-Granini“ *Lebensmittelzeitung*, 13.5.2022. <https://www.lebensmittelzeitung.net/handel/nachrichten/flaschen-design-edeka-kontert-im-streit-mit-eckes-granini-165198>
- 56 Das Wirtschaftsministerium begründete die Ministererlaubnis mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen und entsprechenden Auflagen an Edeka. Die Monopolkommission hatte sich entschieden gegen die Erlaubnis der Übernahme gewandt, ihr Vorsitzender Daniel Zimmer trat in der Folge zurück. Vgl. Hans-Jürgen Jakobs (2022): *Das Monopol im 21. Jahrhundert*. DVA-Verlag. S. 211 ff.
- 57 Initiative Konzernmacht beschränken (2024): *Preisdruck der Supermärkte gefährdet die Landwirtschaft. Bundeskartellamt muss gegen Monopolisierung vorgehen!* https://www.forum-fairer-handel.de/fileadmin/user_upload/Dateien/Presse/Statement_Konzernmacht_Supermaerkte.pdf
- 58 Handelsblatt (2024): „Das sind die zehn reichsten Deutschen 2024“ *Handelsblatt*, 10.4.24. <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/ranking-das-sind-die-zehn-reichsten-deutschen-2024/25730214.html>
- 59 Die Unternehmen der Schwarz-Gruppe umfassen 1.135 Gesellschaften. Laut einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung von 2018 besteht die „Eigentumsstruktur von Lidl [...] aus einem komplexen Geflecht von diversen Unternehmensarten (GmbHs, KGs, OHGs) und Stiftungen (echten gemeinnützigen und privatnützigen sowie gGmbHs)“. Tochterfirmen von Lidl finden sich auch in Zypern und der Schweiz. Ähnlich verhalte es sich mit Hauptkonkurrent Aldi. Während die Lidl-Stiftung immerhin für einen Großteil des Geschäfts eine Bilanz veröffentlicht, blieben etwa die Gewinnzahlen von Aldi Süd gänzlich im Dunkeln, siehe: Christoph Trautvetter, Silke Ötsch, Markus Henn (2018): *Unternehmenssteuern in Deutschland. Rechtliche Grauzonen und zivilgesellschaftliche Alternativen*. Otto-Brenner-Stiftung. https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP28_Unternehmensteuer_Trautvetter.pdf. Aldi Nord wies darauf hin, dass alle Unternehmen der Gruppe ihren gesetzlichen Meldepflichten nachkommen.
- 60 Marita Wiggerthale (2021): *Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten in Spanien*. Oxfam Deutschland. https://marita-wiggerthale.de/wp-content/uploads/2023/03/FP_oxfam_spanien_verbot_einkauf_unterhalb_von-produktionskosten.pdf
- 61 Eine einheitliche, verbindliche Definition von Übergewinnen gibt es nicht. Oxfam orientiert sich an dem Modell der EU und ihren Mitgliedstaaten für die Übergewinnsteuer auf fossile Brennstoffe (die so genannte „Solidaritätsabgabe“) im September 2022, die unerwartete Gewinne als solche definiert, die 2022 und/oder 2023 um mehr als 20 % höher lagen als im Durchschnitt der Jahre 2018–21. Siehe: Oxfam (2024): *Inequality Inc. Methodology note*, stat 2.0.

IMPRESSUM

Als internationale gemeinnützige Organisation setzt sich Oxfam gemeinsam mit Menschen in aller Welt gegen Armut, Unterdrückung und soziale Ungleichheit ein. Seite an Seite mit fast 2.250 lokalen Partnerorganisationen in rund 90 Ländern arbeiten wir für eine gerechte und nachhaltige Welt.

Herausgeber: Oxfam Deutschland e. V., April 2024
V.i.S.d.P.: Serap Altinisik, Oxfam Deutschland e. V., Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, Tel.: +49 30 4530690, E-Mail: info@oxfam.de

Autor*innen: Steffen Vogel, Leonie Petersen
Redaktion: Schluwa Sama, Franziska Humbert, Tobias Hauschild, Julia Jahnz, Manuel Schmitt, Pia Schwertner
Lektorat: Dr. Jule Bönkost

Layout: Ole Kaleschke
Titelfoto: Stadtbild von Mumbai, Maharashtra, Indien. © Adrian Catalin Lazar/iStock Images



OXFAM

Deutschland